

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung	17
Erster Teil: Die Integration des Rüstungsmarktes unter Sicherheitsvorbehalt – Grenzen mitgliedstaatlicher und intergouvernementaler Interventionskompetenzen	20
Erstes Kapitel: Rüstungsindustrie im Schnittfeld von Wirtschaft und nationaler Sicherheit, europäischer Integration und staatlicher Intervention	20
I. Rüstungsindustrie als strategischer Faktor staatlicher Außen- und Verteidigungspolitik	20
II. Die europäische Rüstungsindustrie	26
1. Der globale Rüstungsmarkt und die europäischen Rüstungsmärkte	26
2. Die europäischen Rüstungsunternehmen und ihre transatlantische Konkurrenz	29
III. Überblick über die bestehenden Regelungsregime und Akteure	33
1. Mitgliedstaatliche Regelungen	34
2. Multilaterale Regime	35
a) Rüstungskontrollregime	35
b) Foren zur Entwicklung einer rüstungsindustriellen Basis in Europa	36
3. Die GASP und ESVP	39
4. Die Europäischen Gemeinschaften	39
Zweites Kapitel: Die Sicherheitsvorbehalte des Gemeinschaftsrechts als kompetenzielle Grenzen mitgliedstaatlicher Rüstungsmarktregulierung	43
I. Nationale Sicherheit im Gemeinsamen Markt	44
II. Art. 296 Abs. 1 lit. b) EG: Integration des Rüstungsmarktes unter Sicherheitsvorbehalt	47
1. Art. 296 EG als statischer Faktor im fortschreitenden Integrationsprozess	47
2. Art. 296 EG als Derogationsbefugnis	50
3. Die tatbestandlichen Voraussetzungen der Derogationsbefugnis	57
a) Vorbemerkung: Das Argument der engen Auslegung von Ausnahmetatbeständen	57
b) Die Normadressaten des Art. 296 Abs. 1 lit. b) EG	59
c) Das Schutzgut der Norm: die Wahrung von „wesentlichen Sicherheitsinteressen“	62
	7

aa) Das Tatbestandsmerkmal zwischen Rechtsbegriff und politischem Begriff	62
bb) Die Hauptaussagen der überkommenen Ansicht und Kritik	65
cc) Alternativer Lösungsansatz: eine am Normkontext orientierte Auslegung	68
(1) Die militärische Sicherheit als Schutzgut des Art. 296 Abs. 1 lit. b) EG	69
(2) Die sog. innere Sicherheit im Anwendungsbereich von Art. 296 EG	72
(3) Sicherheitsvorbehalt versus Schutz außenpolitischer Handlungsfreiheit	74
dd) Notwendige Intensität und Art der Beeinträchtigung der militärischen Sicherheit	74
ee) Umfang und Gegenstand des mitgliedstaatlichen Beurteilungsspielraums	77
ff) Zwischenergebnis	86
d) Der gegenständliche Anwendungsbereich: Waffen, Munition und Kriegsmaterial	86
aa) Die Begrenzung auf strategisch potentiell bedeutsame Güter	87
bb) Kriegsmaterial im Sinne des Art. 296 EG und die Dual-use-Problematik	88
cc) Waffen und Munition	95
dd) Mittelbare Ausdehnung des sachlichen Schutzbereichs durch das Merkmal „Erzeugung“ und die sog. Bausatztheorie?	96
ee) Die Bedeutung der Warenliste nach Art. 296 Abs. 2 EG-Vertrag	98
(1) Die Rechtsnatur der Liste und ihre Gültigkeit	99
(2) Der gegenwärtige Inhalt der Warenliste	101
(3) Auslegung der Liste	106
(4) Die Rechtswirkungen der Liste	107
e) Funktionelle Begrenzungen des mitgliedstaatlichen Handlungsspielraums	110
aa) Die Regulierungsfunktion bezüglich „Handel“ und „Erzeugung“ von Rüstungsgütern	111
bb) Die Einschränkung aus Art. 296 Abs. 1 lit. b) letzter Halbsatz	114
cc) Das Gebot der Verhältnismäßigkeit als Schranken-Schranke	115
dd) Das Verbot willkürlicher Diskriminierungen	120
4. Die derogative Wirkung des Art. 296 Abs. 1 lit. b) EG	122
a) Derogation von primärem Gemeinschaftsrecht	122

b) Rechtswirkungen des Art. 296 EG im Bereich harmonisierenden Sekundärrechts	124
c) Derogationswirkung ipso iure	129
5. Zwischenergebnis	130
III. Rüstungsmarktregulierung im Anwendungsbereich anderer Schutznormen	130
1. Die Herstellung von Rüstungsgütern als Dienstleistung im allgemeinen Interesse nach Art. 86 Abs. 2 EG	130
2. Art. 297 EG	134
3. Die Sicherheitsklauseln der Grundfreiheiten	135
4. Das Konkurrenzverhältnis anderer Sicherheitsvorbehalte zu Art. 296 EG	137
a) Konkurrenz zu den bereichsspezifischen Rechtfertigungsklauseln	137
b) Konkurrenz zu Art. 297 EG	139
c) Konkurrenz zu Art. 86 Abs. 2 EG	140
IV. Nationale Sicherheitsmaßnahmen als Prüfungsgegenstand vor dem EuGH und nationalen Gerichten	141
1. Verfahrensrechtliche Modifikationen	143
a) Die verfahrensrechtliche Bedeutung des Art. 298 EG	143
b) Die Bedeutung des Auskunftsverweigerungsrechts nach Art. 296 Abs. 1 lit. a) EG	144
2. Der Umfang der gerichtlichen Kontrolldichte	146
a) Die Kontrolldichte in Verfahren vor Gemeinschaftsgerichten	146
aa) Kein eigener Kontrollmaßstab aus Art. 298 Abs. 2 EG	146
bb) Keine eingeschränkte Prüfungsichte in Vertragsverletzungsverfahren	148
b) Die Kontrolldichte vor nationalen Gerichten	150
V. Allgemeine Schlussfolgerungen über die Regelungskompetenzen der Mitgliedstaaten	152
 Drittes Kapitel: Gemeinschaftsrechtliche Grenzen einer Regulierung von Rüstungshandel und -industrie im Rahmen der GASP	 154
I. Die Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	155
1. Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) bis 1986	155
2. Die EPZ nach der Einheitlichen Europäischen Akte	157
3. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) nach dem Maastricht-Vertrag	159
4. Die Neuerungen im Bereich der GASP durch den Amsterdamer Vertrag	162
5. Der Vertrag von Nizza und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	163
6. Der Vertrag über eine Verfassung für Europa	166

7. Zusammenfassung der bisherigen Entwicklung der GASP und Ausblick	168
II. Die rüstungsindustriellen Bezüge der GASP	170
1. Außenwirtschaftsrechtliche Maßnahmen	170
a) Waffenembargos	171
b) Der Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren	175
c) Sonstige GASP-Maßnahmen mit Bezügen zum Außenhandel mit Rüstungsgütern	179
2. Industriepolitische Maßnahmen: die Europäische Verteidigungsagentur	183
III. Rechtliche Grenzen für GASP-Maßnahmen mit rüstungspolitischen Bezügen	185
1. Begrenzungen der Zuständigkeit aus Titel V des EU-Vertrags	185
2. Ausschluss eines Übergriffs in EG-Kompetenzen	187
a) Eingriffe in den <i>aquis communautaire</i>	189
aa) Die bloße Befassung mit Fragen aus Gemeinschaftskompetenz als Verstoß gegen Art. 47 EU?	190
bb) Unzulässigkeit von Gemeinschaftshandeln ersetzenden GASP-Maßnahmen	196
cc) Bindung der Gemeinschaft an GASP-Beschlüsse im Sinne von Art. 301, 60 EG	198
b) Rechtfertigung von Kompetenzübergriffen durch die GASP	201
aa) Rechtfertigung nach Art. 296 EG?	201
bb) Rechtfertigung nach Art. 297 EG?	208
3. Ergebnis	208
IV. Exkurs: Das Verhältnis zwischen GASP und einzelnen Mitgliedstaaten	210
V. Die Bedeutung der GASP in der Integration des Rüstungsmarktes	214

Zweiter Teil: Die Anwendung des primären und sekundären Gemeinschaftsrechts auf den Rüstungssektor in einzelnen Bereichen	216
---	-----

Viertes Kapitel: Der Außenhandel mit Rüstungsgütern gegenüber Drittstaaten	216
I. Allgemeines	216
II. Die gegenwärtige Regulierung von Waffenausfuhren im Überblick	219
1. Grundzüge mitgliedstaatlicher Exportkontrollregelungen	220
2. Völkerrechtliche Abkommen und unverbindliche multilaterale Vereinbarungen der Rüstungskontrolle	223
a) Völkerrechtliche Nonproliferationsabkommen	223
aa) Der Atomwaffensperrvertrag	224
bb) Das Chemiewaffen-Übereinkommen	225
cc) Das Biotoxinwaffen-Übereinkommen	226

dd) Abkommen über Verbote inhumaner Waffen	226
b) Unverbindliche multilaterale Kontrollregime	227
aa) Das Wassenaar-Arrangement als Nachfolgerin des CoCom	228
bb) Die Nuclear Suppliers Group und das Zangger Committee	229
cc) Die Australische Gruppe	230
dd) Das Missile Technology Control Regime und der International Code of Conduct Against Ballistic Missile Proliferation	230
ee) Der Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren	231
3. Der Einfluss rüstungsindustrieller Kooperationsabkommen auf die Ausfuhrkontrolle	232
III. Der gemeinschaftsrechtliche Rahmen mitgliedstaatlicher Rüstungsexportkontrollen	234
1. Waffenausfuhren als Gegenstand der gemeinsamen Handelspolitik der EG	234
a) Autonome Maßnahmen nach Art. 133 EG zur Steuerung von Rüstungsausfuhren	234
aa) Rüstungsgüter im Anwendungsbereich der allgemeinen Ausfuhrverordnung	238
bb) Der Erlass von Waffenembargos nach Art. 301 EG und Art. 133 EG	239
b) Abschluss von Nonproliferationsabkommen nach Art. 133 EG	241
c) Die Teilnahme an völkerrechtlich unverbindlichen Rüstungskontrollregimen	246
d) Gemeinschaftszuständigkeit in Bereichen des LOI- Rahmenabkommens	249
2. Rechtfertigung mitgliedstaatlicher Rüstungsexportkontrollen und -regime	250
a) Gemeinschaftsrechtlich zulässige Schutzzwecke mitgliedstaatlicher Exportkontrollen	250
aa) Rechtfertigung durch Sicherheitsvorbehalte	250
(1) Die Interdependenzthesen in der Rechtsprechung des EuGH und der Literatur	251
(2) Kritik und alternative Lösungsansätze	255
(a) Der Schutz der internationalen Sicherheit	255
(b) Die Sicherheitsvorbehalte als umfassender Außenpolitikvorbehalt?	262
bb) Lebens- und Menschenrechtsschutz unter dem Ordre-public-Vorbehalt in Art. 11 AusfuhrVO	266
cc) Analoge Anwendung der Dual-use-VO	268

b) Zwischenergebnis	271
c) Verhältnismäßigkeit der mitgliedstaatlichen Maßnahmen zur Ausfuhrkontrolle	272
aa) Nationale, individuelle Ausfuhrgenehmigungs- entscheidungen	272
bb) Die mitgliedstaatliche Umsetzung von Waffenembargos und der Verhinderung von Rüstungsmaklertätigkeiten	273
cc) Konzertiertes Vorgehen aller Mitgliedstaaten auf völkerrechtlicher Ebene	274
dd) Vorgehen einzelner Mitgliedstaaten auf völkerrechtlicher Ebene	276
3. Ergebnis	277
Fünftes Kapitel: Die Vergabe von Rüstungsaufträgen	278
I. Wirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Auftragsvergabe im Verteidigungssektor	278
II. Gegenwärtige Praxis der Auftragsvergabe	280
1. Off-the-shelf-Beschaffungen	280
2. Neuentwicklungen	287
III. Der gemeinschaftsrechtliche Rahmen des Vergabewesens im Verteidigungsbereich	289
1. Die Anwendbarkeit der Vergabekoordinierungsrichtlinie	290
a) Grundsätzliche Einbeziehung von Rüstungsaufträgen in den Anwendungsbereich nach Art. 10 VKR	291
b) Die Ausnahmetatbestände des Art. 14 VKR	293
c) Die Öffnungsklausel für multilaterale Regime in Art. 15 VKR	294
d) Die praktische Bedeutung der Vergabekoordinierungs- richtlinie	297
2. Das Government Procurement Agreement	297
3. Das primäre Gemeinschaftsrecht	298
a) Die Vergabepaxis als Eingriff in Grundfreiheiten und das Wettbewerbsrecht	298
b) Rüstungsaufträge als Beihilfen und wettbewerbsrechtliche Eingriffe	300
c) Die Verfolgung von Sicherheitsinteressen als Rechtfertigung	303
aa) Versorgungssicherheit als Sicherheitsbelang	304
bb) Der Erhalt einer rüstungsindustriellen Basis als Sicherheitsbelang	306
cc) Das Argument der Geheimhaltung	309
dd) Die strategische Allianz als Sicherheitsbelang	310
IV. Zusammenfassung	312
Sechstes Kapitel: Die Subventionierung der Rüstungswirtschaft	313
I. Die Bedeutung nationaler Vergünstigungen	313

II. Staatliche Vergünstigungen für Rüstungsunternehmen in der gegenwärtigen Praxis	313
1. Hilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Rüstungsunternehmen	314
2. Förderung von militärischer Forschung und Entwicklung	315
3. Regionalbeihilfen	316
4. Staatliche Unterstützung bei der Erschließung von Exportmärkten	317
a) Ausfuhrkredite, Ausfuhrkreditversicherungen und Ausfallbürgschaften	317
b) Marketing-Unterstützung und sonstige soft aid	318
III. Der gemeinschaftsrechtliche Rahmen für Rüstungsbeihilfen	320
1. Vom Beihilfetatbestand des Art. 87 Abs. 1 EG erfasste Unterstützungen	321
a) Wirtschaftlicher Vorteil	321
b) Entfallen des Vorteils durch Berücksichtigung einer Sonderbelastung?	324
c) Vorteilsgewährung durch den Staat oder aus staatlichen Mitteln	326
d) Wettbewerbsverfälschung und Behinderung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	327
e) Zwischenergebnis	331
2. Die Sonderregelung des Art. 132 EG für Ausfuhrbeihilfen in Drittstaaten	332
3. Rechtfertigung von Rüstungsbeihilfen	333
a) Derogation vom formellen Beihilfenrecht	333
b) Materielle Derogation der Beihilferegelungen	337
aa) Rechtfertigung nach den Art. 87 Abs. 2 und 3 EG	337
bb) Rechtfertigung nach Art. 296 Abs. 1 lit. b) EG	338
IV. Ergebnis	340
 Siebentes Kapitel: Rüstungsunternehmen als Marktteilnehmer und Investitionsobjekt	 342
I. Private und öffentliche Rüstungsunternehmen als Adressaten des europäischen Wettbewerbsrechts	342
1. Die Fusionskontrolle im Verteidigungssektor	343
a) Die Entscheidungspraxis der Kommission	345
aa) Zusammenschlüsse unter Berufung auf Art. 296 EG	345
bb) Zusammenschlüsse ohne direkte staatliche Intervention	347
b) Analyse der bisherigen Praxis der Fusionskontrolle im Rüstungssektor	351
aa) Die Anwendung der FKVO im Rüstungsbereich	351
bb) Die Reichweite des Art. 296 EG	355
cc) Eingriffe der Mitgliedstaaten nach Art. 21 Abs. 4 FKVO	357

c) Extraterritoriale Anwendung der FKVO und die Sicherheitsinteressen von Drittstaaten: der Fall Boeing / McDonnell Douglas	360
aa) Die politische Ausgangslage und der Verlauf des Verfahrens	360
bb) Die extraterritoriale Anwendung des europäischen Wettbewerbsrechts bei Involvierung der Sicherheitsinteressen von Drittstaaten	362
2. Die Anwendung des Kartell- und Missbrauchsverbot im Verteidigungssektor	364
a) Potentiell am Kartellverbot zu messendes Wettbewerbsverhalten	365
b) Die Wirkung des Art. 296 EG in der Kontrolle von Kartellen und des Missbrauchs marktbeherrschender Stellung	367
3. Ergebnis zur Bedeutung des europäischen Wettbewerbsrechts im Rüstungssektor	369
II. Rüstungsunternehmen und freier Kapitalverkehr	369
1. Eingriffe in den freien Kapitalverkehr im Rüstungssektor	370
a) „Golden shares“	371
b) Nicht über staatliches Eigentum vermittelte Genehmigungserfordernisse	375
c) Sonstige Erschwernisse grenzüberschreitender Direktinvestitionen	380
2. Rechtfertigung durch Sicherheitsvorbehalte	381
a) Voraussetzungen an das Verfahren	382
b) Materielle Voraussetzungen	384
III. Zusammenfassung	387
Achtes Kapitel: Grundfreiheiten im Rüstungssektor	389
I. Beschränkungen des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs	389
1. Beschränkungen der Warenausfuhr im Sinne von Art. 29 EG	390
2. Beschränkungen der Wareneinfuhr im Sinne von Art. 28 EG	392
3. Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit nach Art. 49 EG	393
4. Rechtfertigung durch Sicherheitsvorbehalte	394
II. Beschränkungen der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der Niederlassungsfreiheit	396
1. Eingriffe in die Personenverkehrsfreiheiten der Art. 39 und Art. 43 EG	396
2. Rechtfertigung durch die Sicherheitsvorbehalte	399
a) Art. 46 EG und 39 Abs. 3 EG	399
b) Art. 296 Abs. 1 lit. b) EG	403
c) Verhältnismäßigkeit der Eingriffe in die Personenverkehrsfreiheiten	404
III. Ergebnis	406

Neuntes Kapitel: Resümee und Ausblick – Der weite Weg zum gemeinsamen Rüstungsmarkt einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft	407
I. Resümee zur gegenwärtigen Regulierung von Rüstungsindustrie und -handel in der EU	407
II. Ein gemeinsamer Rüstungsmarkt für eine Sicherheitsgemeinschaft	409
III. Gestaltung eines europäischen Rüstungsmarktes de lege ferenda	413
1. Versorgungsgarantie	413
2. Lastenverteilung	414
3. Rüstungsbeschaffung durch Mitgliedstaaten und Europäische Verteidigungsagentur nach gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben	415
4. Förderung wettbewerblicher Strukturen	418
5. Gemeinschaftsregelung für die Ausfuhr strategischer Güter	420
6. Vereinfachung des Binnenhandels	422
7. Ergebnis	423
Zehntes Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse	424
I. Die Ergebnisse des ersten Teils der Arbeit	424
II. Die Ergebnisse des zweiten Teils der Arbeit	427
 Anhang	 430
 Literaturverzeichnis	 437